



Fight for \$15

Johannes Specht* im Gespräch mit Nicholas Allen

In: *express* 6/2023

Im Rahmen der Bochumer Streikkonferenz gab es einen Austausch zwischen Vertreter:innen der US-amerikanischen Fast Food-Kampagne »Fight for \$15«, der Dienstleistungsgewerkschaft SEIU (Service Employees International Union) und den streikenden Lieferando-Ridern, die in der NGG organisiert sind. Johannes Specht sprach im Anschluss mit Nicholas Allen, Direktor des Global Program der SEIU, über das kalifornische Gesetz AB 257, die Gegenwehr der Arbeitgeber:innen und die US-weite Organizingkampagne »Fight for \$15« in der Fast-Food-Branche.

Johannes Specht: Die Arbeitgeberverbände wollen durch ein Referendum ein wichtiges Gesetz aufhalten, mit dem hunderttausende Fast Food-Arbeiter:innen in Kalifornien mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen bekommen könnten. Was geht da vor sich – und wie schätzt du die Chancen ein, dass die Arbeitgeber:innen sich durchsetzen?

Nicholas Allen: Die Fast Food-Arbeitgeberverbände in den USA haben verstanden, dass mit dem Gesetz AB 257, auch wenn es nur in Kalifornien beschlossen wurde, die Arbeiter:innen neue Möglichkeiten bekommen, ihre Arbeitsbedingungen und Löhne deutlich zu verbessern. Und das wollen die Unternehmen verhindern, koste es, was es wolle. Und tatsächlich haben sie schon etliche Millionen in Werbung und eine Gegenkampagne investiert, um mittels eines Referendums das schon beschlossene Gesetz AB 257 wieder aufzuheben. Das Referendum in Kalifornien wird ein harter Kampf und der Ausgang ist offen, denn die 500.000 Fast Food-Arbeiter:innen in Kalifornien werden die Aufhebung des Gesetzes nicht ohne Gegenwehr hinnehmen. Nicht nur die Gewerkschaft SEIU, sondern die gesamte Gewerkschaftsbewegung der USA wird sie hier unterstützen, wenn das Referendum gestartet wird. Unser Ziel: Das Referendum gewinnen und damit endlich einen Platz für die Arbeiter:innen am neu einzurichtenden Verhandlungstisch über Löhne und Arbeitsbedingungen in der Fast Food-Branche erringen.

JS: Im August 2022 fasste das Parlament in Kalifornien den Beschluss, einen Rat für die Fast Food-Branche einzurichten (Fast Food Accountability and Standards Recovery Act, FAST Recovery Act, oder: AB 257). In dem Rat sollen Gewerkschaften und Beschäftigte, Arbeitgebervertreter und staatliche Vertreter gemeinsam über Standards beim Arbeitsschutz und Löhne der Arbeiter:innen in der Fast Food-Branche in Kalifornien verhandeln und diese festlegen. Gewerkschaftsaktive und auch deine Gewerkschaft, die SEIU, feiern das als einen Meilenstein in der über zehnjährigen Organizingkampagne »Fight for \$15!« Um was geht es bei diesem Gesetz AB 257?

NA: Der Beschluss des Gesetzes durch die kalifornische Legislative ist ein großer Erfolg für die 500.000 Fast Food-Arbeiter:innen in Kalifornien, die seit Jahren für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Doch das kam ja nicht aus heiterem Himmel, die Vorgeschichte sind hunderte Streiks und Proteste durch mutige Arbeiter:innen in den letzten Jahren. Das Gesetz etabliert einen Rat, der die Aufgabe hat, Standards und Löhne für die gesamte Fast Food-

Branche in Kalifornien festzulegen. Der Rat wird aus zehn Mitgliedern bestehen, je vier von der Seite der Arbeiter:innen und der Unternehmen, und zwei Vertreter:innen des Bundesstaates Kalifornien. Die Reichweite der Beschlüsse des Rates ist eingeschränkt, denn er ist nur für Standards und Löhne von Arbeiter:innen bei großen Fast Food-Ketten mit mehr als 100 Filialen zuständig, und der Branchenmindestlohn, den der Rat beschließen kann, darf 2023 nicht höher sein als 22 US-Dollar und kann danach nur um die Inflationsrate steigen bzw. um maximal 3,5 Prozent.

JS: *Ist das eine große Einschränkung, dass der Rat nur für große Fast Food-Ketten zuständig ist?*

NA: Die große Mehrheit der Arbeiter:innen im Fast Food in Kalifornien ist bei Ketten angestellt, die das Kriterium »über 100 Filialen in den USA« erfüllen, darunter fallen u.a. McDonalds, Burger King, Wendy's, Starbucks, Jack-in-the-Boy, Pizza Hut und viele andere. Also ist die Reichweite möglicher Beschlüsse des Rates enorm groß.

Während der langen Dauer der Kampagne, mit der wir für dieses Gesetz gekämpft haben, mussten Kompromisse gemacht werden, um die Mehrheit in der Legislative zu gewinnen und die Chancen zu erhöhen, dass der Gouverneur Kaliforniens das Gesetz auch unterzeichnet. Es gab harten Widerstand seitens der Fast Food-Unternehmen und durch die Handelskammer, die einen großen Einfluss auf die kalifornische Politik ausgeübt haben. Einer der Kompromisse bestand darin, dass der Rat nur für große Ketten mit mehr als 100 Filialen in den USA zuständig sein wird.

JS: *Sind die Diskussionen des Rates, sollte er denn eingerichtet werden, dann so etwas wie Tarifverhandlungen? Die Gewerkschaftsseite hat ja keine eigene Mehrheit, nur vier der zehn Sitze, in dem Gremium.*

NA: Tarifverhandlungen der Privatwirtschaft sind in den USA durch die Gesetzgebung der Bundesebene geregelt. Kalifornien hat also nicht die Kompetenz, ein Tarifverhandlungsgremium einzurichten. Aber dieser neue Rat hat den Auftrag, Mindeststandards in der Fast Food-Branche zu setzen, darunter auch einen Branchenmindestlohn. Es stimmt, die Seite der Arbeiter:innen hat im Rat keine Mehrheit – genauso wenig wie die Unternehmensseite. Es wird also auf die dritte Partei am Tisch ankommen, die kalifornische Regierung, die zwei stimmberechtigte Vertreter:innen schickt. Diese Art von tripartistischem Rat hat in den USA historische Vorläufer: Während des Zweiten Weltkriegs und danach haben viele Bundesstaaten »Wage Boards« eingerichtet, um Lohnstandards in bestimmten Industriebranchen festzulegen. Im Jahr 2016 wurde ein solcher Rat im Staat New York für die Fast Food-Industrie eingesetzt. Das war der Weg, mit dem der Branchenmindestlohn im Fast Food auf 15 Dollar pro Stunde angehoben wurde. Später wurde dann der generelle Mindestlohn im Staat New York auch auf 15 Dollar gesetzt.

JS: *Was könnte deiner Meinung nach der größte Effekt des AB 257 und des Fast Food-Rates werden?*

NA: Erstmal müssen wir den aktuellen Angriff auf das Gesetz AB 257 abwehren. Wir müssen uns mit einer schmutzigen Arbeitgeberkampagne auseinandersetzen und selber eine Gegenkampagne beginnen, um das Referendum in Kalifornien zu gewinnen, damit das Gesetz dann doch noch in Kraft treten kann. Und selbst wenn wir das geschafft haben, ist es noch ein gutes Stück Arbeit, den Rat einzurichten und zu begleiten, um sicherzustellen, dass er gute Resultate für die Arbeiter:innen liefert. Die Bedeutung allein schon des Beschlusses und der Unterzeichnung des Gesetzes AB 257 ist, dass sie ein starkes Signal senden an die Arbeiter:innen im Fast Food und auch in anderen Branchen, im ganzen Land: Es ist Großes möglich, die alten Regeln, die die Arbeiter:innen in ihren Rechten zurückgestutzt haben, können neu geschrieben werden. Und es lohnt sich, diesen Kampf zu wagen.

JS: Seit 2012, als die Kampagne »Fight for \$15« gestartet wurde, hat sie große Erfolge erreicht: In etlichen Großstädten und manchen Bundesstaaten, wie in New York oder Kalifornien, gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn von 15 US-Dollar, teilweise liegt er sogar höher. Was sind SEIUs nächste Ziele mit der Kampagne und was bedeutet AB 257 für eure strategische Perspektive der nächsten Jahre?

NA: 2012 haben wir die Kampagne »Fight for \$15« gestartet. Sie hatte einen enormen Anteil daran, die Löhne für Arbeiter:innen im Niedriglohnbereich der Fast Food-Branche im ganzen Land zu erhöhen. Ein wichtiger Teil der Kampagne waren Streiks und kollektive Aktionen. Dadurch ist es gelungen, die Politik zu Lohnerhöhungen per Gesetz zu bewegen, denn wir haben bis heute keinen Tarifvertrag über höhere Löhne in der Branche erreicht. Viele große Fast Food-Konzerne haben ebenfalls die 15 Dollar als ihre Lohnuntergrenze festgesetzt. Wir diskutieren jetzt die Neuausrichtung der Kampagne in den kommenden Jahren. Es scheint so, dass 15 Dollar – damals in 2012 eine mutige Forderung, für die wir belächelt wurden, weil sie doppelt so hoch war wie der damalige Mindestlohn von 7,25 US-Dollar – jetzt nicht mehr annähernd ausreichend ist. Sollten wir in Kalifornien gewinnen, könnte das vielleicht das Vorbild für Kampagnen in anderen Bundesstaaten werden.

Aber das Ziel der Kampagne war immer zweierlei: eine Erhöhung der Löhne auf mindestens 15 Dollar Mindestlohn und die Anerkennung der Gewerkschaft, die Aufnahme von Tarifverhandlungen mit den Fast Food-Konzernen. Und mit dieser zweiten Forderung sind wir noch längst nicht am Ziel. Wir wollen als Gewerkschaft SEIU kollektiv für die Fast Food-Branche Tarifverträge verhandeln und dafür die Konzerne zur Anerkennung der Gewerkschaft bewegen – und zwar generell und nicht, wie es in den USA üblich ist, durch Wahlen in jedem einzelnen Store.

JS: Was sind aus deiner Sicht und mit der Erfahrung von über zehn Jahren die wichtigsten Bausteine für den Erfolg der Kampagne »Fight for \$15«?

NA: Ein Baustein unserer Kampagne »Fight for \$15 and a Union« war und ist erstens die Klarheit der Botschaft – der Slogan ist bereits die Forderung. Zweitens haben wir einen militanten Ansatz, der auf direkten Aktionen der betroffenen Beschäftigten beruht, mit Streiks, und das in einer Branche, die vorher keine Streiktradition hatte und in einem großen Maßstab – wir haben in hunderten Fast Food-Filialen Streiks organisiert. Neben Streiks haben wir Elemente des zivilen Ungehorsams eingesetzt, die wir in den USA aus der Tradition der Bürgerrechtsbewegung kennen: Besetzungen, Blockaden, sich verhaften lassen. Das Ganze ging aber nur, weil die SEIU als starke Gewerkschaft mit 2 Millionen Mitgliedern in den USA diese breite und außergewöhnliche Organizingkampagne mit viel Personal und Geld unterstützt hat – die politische Führung der SEIU hat das ganz bewusst so entschieden. Das hat sich jetzt schon für Millionen Arbeiter:innen in den USA ausgezahlt, aber wir sind noch längst nicht an unseren Zielen angelangt. Darum machen wir weiter und wollen die Gewerkschaftseinbindung und das Recht auf Tarifverhandlungen für Millionen Beschäftigte aus dem Fast Food-Bereich erkämpfen, gegen das altmodische und rassistische Arbeitsrecht, das in den USA noch immer herrscht.

JS: In vielen einzelnen Stores, ganz besonders auch bei Starbucks, organisieren sich die Beschäftigten erstmalig und wollen eine Gewerkschaft gründen. Vieles davon sind Grassroots-Bewegungen. Welche Rolle spielt die SEIU darin? Wie passt das dazu, in Kalifornien in einem vom Staat eingerichteten Rat mitzuarbeiten, der zusammen mit der Arbeitgeberseite Löhne und Arbeitsbedingungen festlegen soll?

NA: Die Arbeiter:innen von Starbucks organisieren sich in vielen Filialen und machen darin einen fantastischen Job. Aktuell sind es über 200 Starbucks-Filialen, in denen Gewerkschaftswahlen gewonnen wurden, und es werden schnell mehr. Und das trotz einer wilden Anti-Gewerkschaftskampagne des Unternehmens. Die jüngste Organisierungsbewegung starteten Ar-

beiter:innen mit Hilfe von *Workers United* der SEIU in Buffalo, New York State. *Workers United* und die SEIU unterstützen die Arbeiter:innen von Starbucks mit allem, was nötig ist.

Die Einrichtung von Räten, so wie jetzt in Kalifornien, wird die Gründung von Gewerkschaften und die Organisationsarbeit enorm erleichtern. Die Unternehmen werden weniger Anlass sehen, ihre brutalen Anti-Gewerkschaftskampagnen zu fahren, sobald sich Beschäftigte aufmachen, in ihrer Filiale eine Gewerkschaft zu gründen. Der »Preis« einer möglichen Gewerkschaftsgründung in ihren Filialen wird für die Unternehmensleitungen sinken, weil in Zukunft wichtige Standards und ein Mindestlohn schon etabliert sein werden durch den Rat. Und an diese neuen Branchenstandards werden sich die Unternehmen halten müssen.

JS: In Deutschland haben wir aktuell viele gewerkschaftliche Kämpfe, einige in Branchen, in denen es lange keine größeren Bewegungen gab, wie z.B. bei den Lieferdiensten. Ihr habt mit vier Teilnehmenden von »Fight for \$15« in einem zweitägigen Workshop und auf der »Konferenz Gewerkschaftliche Erneuerung« in Bochum im Mai den Austausch mit Ridern von »Liefere am Limit« gesucht. Gibt es aus deiner Sicht Parallelen der beiden Bewegungen? Und was möchtest du der Kampagne »Liefere am Limit«, die von der Gewerkschaft NGG unterstützt wird, mitgeben?

NA: Es war inspirierend, die Aktiven der Kampagne »Liefere am Limit« zu treffen. Sie erinnern mich stark an viele unserer jungen Fast Food-Aktiven, die mit uns in den USA für unsere Kampagne kämpfen. Offen gesagt ist mein Rat an sie: Macht weiter mit dem, was ihr begonnen habt. Die brauchen sicher keinen Ratschlag von mir! Sie haben schon herausgefunden, dass es unbedingt eine nationale Struktur braucht, damit dann die einzelnen Kämpfe in den Städten gebündelt werden können. Sie haben sehr klare Forderungen und militante Aktionsformen. Ich werde es sehr gespannt verfolgen, wie die Kampagne weiter wächst und am Ende gewinnen wird.

** Nicholas Allen ist Direktor des Global Program der SEIU, der Dienstleistungsgewerkschaft in den USA, siehe: <http://www.fightfor15.org/>*

Johannes Specht ist Leiter der Abteilung Tarifpolitik, Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG).

*express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de*

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12